Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1896

38 (14.2.1896) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pfg., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pfg. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., im Reklamentheile 60 Pf.
Bemerkungen: Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 38. II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 14. Februar. 1896.

Amtliche Nachrichten.

S. K. H. der Großherzog haben Sich unter dem 24. Jan. d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Zolleinnehmer Johann Michael Reichle in Sipplingen die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 13. Febr.

43. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Nokk und Regierungskommissäre.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Eingelaufen ist eine Petition der Handelskammer für den Kreis Offenburg und den Bezirk Ettenheim in Lahr, betr. die Braumalzsteuer, und eine Anzahl von Zuschriften, betr. die Braumalzsteuer, die sich der Eingabe des Vorstands des bad. Brauerbunds Herrn Schrempp anschließen.

Das Haus tritt in die Berathung des Berichts des Abg. Fieser (nat.-lib.) über das Kultusbudget ein.

Abg. Fieser bezieht sich kurz auf seinen Bericht.

Abg. Wacker (Ztr.): Das Kultusbudget biete Anlaß, den Beschwerden wie auch den Wünschen der kath. Kirche und des kath. Volkes Ausdruck zu geben. Er enthalte jedoch sich dessen im wesentlichen, weil das Haus schon eine kirchenpolitische Debatte gehabt habe und weil es noch zu bestimmten Anträgen werde Stellung nehmen müssen. Redner erinnert an die Aeußerung des Staatsministers über Wacker's Wort von der Autorität und dessen wünschenswerte Uebereinstimmung mit den Handlungen der Centrumspartei, sowie über das Tempo, das Regierung und Centrum gegenseitig eingeschlagen. Des Weiteren erinnert Redner an Fieser's Aeußerungen über die Konzessionen. Er habe den Minister auf das Bedenkliche solcher Aeußerungen aufmerksam gemacht, aber ohne seinen Zweck, eine Aeußerung des Ministers darüber zu erhalten, zu erreichen. In diesen Aeußerungen finde er Anklänge an gewisse Drohungen und Versprechungen, die man früher, allerdings in den letzten Jahren nicht mehr so ungeniert, bei Wahlen gehört habe, wenn verschiedene Kandidaten vorhanden waren. Das sei für alle Interessen sehr bedenklich. Er frage: Kann gerechterweise zwischen Forderungen auf kirchenpolitischem Gebiet und der Haltung des Centrums im allgemeinen irgend ein ursächlicher Zusammenhang bestehen, daß man wegen dieser Haltung diesen Forderungen nicht Rechnung trage? Wenn man das thue, betrete man die schiefe Ebene der Ungerechtigkeit. Der Abg. Fieser habe besonders den „Ton" in's Treffen geführt. So oft aber Redner oder ein anderes Centrumsmitglied Wünsche vorgetragen habe, sei jeweils in der sachlichsten und ruhigsten Weise ohne jede Provokation die Debatte begonnen begonnen worden (!!). Das sei von nationalliberaler Seite wiederholt anerkannt worden. Dagegen sei auf nationalliberaler Seite stets sofort der rücksichtsloseste Ton angeschlagen worden. Er widerstehe der Versuchung, einen Vergleich zwischen dem Ton, der ihm, Wacker, und jeweils dem Kollegen Fieser eigen sei, anzustellen, aber wenn er es thäte, könnte der Vergleich kaum zu seinen (Wacker's) Ungunsten ausfallen. Er habe sich über das, was er sage, in keiner Weise mit Jemand in's Benehmen gesetzt. Aber er sage, es sei ganz undenkbar, daß die Kirchenbehörde einen Ton anschlage, der zu Fiesers kürzlichem Urteil berechtige. Wo war denn das Entgegenkommen gegenüber der Lender'schen Centrumsleitung und dem seligen Erzbischof Orbin? Seien die Nationalliberalen jemals rücksichtsloser gewesen und sei die Großh. Regierung jemals nachgiebiger gewesen als heute? Es werde immer gesagt, bei einer Konzession werde das Centrum doch nicht zufrieden sein, deshalb solle man gleich einen Riegel vorschieben. Aber auch hier sage er, es handle sich darum, ob eine Forderung berechtigt ist und nicht darum, daß noch weitere Forderungen im Hintergrunde seien. Ein Ja für eine Forderung verbinde ja auch nicht zu einem Ja bei weiteren Forderungen. Es sei aus dem Unterlassen bestimmter Anträge seitens des Centrums nicht darauf zu schließen, daß das Centrum mit den in Frage kommenden Verhältnissen einverstanden sei. Derjenige wäre ein törichter oder unpraktischer Parlamentarier, der nicht das im Rückstande lasse, was im Augenblick aussichtslos sei. Redner wendet sich gegen Fiesers und Schnetzlers Aeußerungen, das Centrum wolle die Unterwerfung des Staats unter die Kirche und die Priesterherrschaft im Staate. Bei seinem unglücklichen Vergleich mit dem Stock habe Schnetzler zugegeben, daß es sich um Gerechtsame der Kirche handle. Es werfe sich die Frage auf, ob Männer von dem Wissen, dem Talent und der Erfahrung der Abgg. Fieser und Schnetzler überzeugt seien, daß man diese Dinge so behandeln dürfe. Wenn sie aber subjektiv davon überzeugt seien, so seien sie objektiv nicht imstande, die Kirche gerecht zu behandeln. Wenn die Priester herrschsüchtig wären, würden sie suchen, die Gemeindebehörden und Lehrer zu unterdrücken. (Zuruf seitens der Nationalliberalen.) Die Kirche arbeite aber mit aller Energie auf das direkte Gegenteil hin. Die Kirche sei in der Defensive gegen staatliche Uebergriffe auf ihr ureigenstes Gebiet. Es handle sich um die Wiederherstellung von Rechten, die nie hätten angetastet werden sollen, es handle sich um die volle Freiheit der Kirche im Staat. Von dieser Freiheit würde die Kirche in erster Linie zur Förderung kirchl. Interessen, in keinem Fall zur Gefährdung staatl. Interessen, in vielfacher Beziehung aber auch zur Förderung staatlicher Interessen Gebrauch machen. Er bezweifle die subjektive Gerechtigkeit der Gegner nicht, aber objektiv gerecht zu urteilen, seien sie vielfach außer stand. Er bitte die Regierung, auch objektiv gerecht zu sein.

Staatsminister Dr. Nokk will heute auf die Gegenstände nicht eingehen, die in besonderen Anträgen behandelt sind. Er verstehe es nicht, wie der Abg. Wacker in seinen früheren Aeußerungen etwas finden könne, was darnach aussehe, als ob die Regierung ihr Verhalten von der Art und Weise abhängig machen wollte, wie die Partei des Vorredners im Hause auftrete. Redner habe sich nur in 2 Richtungen geäußert. Er habe gesagt, es wäre sehr erfreulich, wenn die Autorität der Regierung stets und nach allen Richtungen hin geachtet würde. Würde das der Fall sein, so würden wir einen weitaus besseren Zustand erhalten, als er zur Zeit noch ist. Weiter habe er bemerkt, daß die Regierung in keiner Weise ihre Bedenken davon abhängig mache, wie von dieser Seite des Hauses gehandelt wird. Wir regieren nach den Gesetzen und sind dabei bestrebt, die kirchenpolitischen Dinge so zu behandeln, daß sie dem Grundsatze der freien Bewegung der Kirche entsprechen. Wir wünschen diese freie Bewegung und thun im Verwaltungswege, was wir können. Wacker habe vorhin von seiner Partei gesagt: Wir handeln nach den Umständen. Das sei ganz richtig. Aber die Regierung muß eben auch nach Umständen handeln; sie kann nicht die Politik nach theoretischen Gedanken machen. Sie muß auch sehen, ob zu erwarten ist, daß ein Schritt, den sie thut, segensreiche Folgen hat oder ob zu befürchten ist, daß er gar keine Folgen hat nach der Seite einer größeren Beruhigung der kirchenpolitischen Gegensätze hin. Er habe schon früher einmal bemerkt, daß die Gegensätze sich nicht aus der Welt schaffen lassen, aber wir wollen auf ihre Milderung hinwirken. Das wollen wir unter allen Umständen auch künftig anstreben, aber wir können nicht auf solchen Gebieten, wo Bedenken vorliegen, entweder auf unserer Seite oder Bedenken im Zustand der öffentlichen Anschauungen, ohne weiteres Schritte thun. Es handelt sich darum, ob wir diese Bedenken zurücktreten lassen können, weil wir hoffen können, daß wir einen befriedigenderen Stand der Dinge erreichen. Und wenn es uns gelingt, durch eine Milderung der kirchenpolitischen Gegensätze mehr Zeit für die politischen Fragen zu erhalten, so wäre das ein sehr erwünschter Zustand. Wir handhaben die Gesetze nicht nur loyal, sondern wir wollen sie auch so haben, daß der Grundgedanke, der in ihnen liegt, zum Ausdruck kommt. Wie haben wir gehandelt? Auf dem letzten Landtag wurde, entsprechend einem früheren Vorschlag der Regierung, ein Antrag auf Zulassung der Missionen angenommen. In der loyalsten Weise haben wir den vorgeschlagenen Versuch gemacht und es sind bis Schluß des letzten Jahres 33 Missionen gehalten worden, an denen 109 Ordensgeistliche Anteil genommen haben. Weitere 14 Missionen sind im Laufe dieses Jahres theils gehalten, theils angekündigt. Außerdem haben 104 Ordensgeistliche Aushilfe in der Seelsorge geleistet. Nach keiner Richtung ist von Seiten der Regierung eine Schwierigkeit gemacht worden, auch wenn etwa eine verspätete Anzeige vorlag. Ebenso sei es bei dem Dispens für die Zulassung zum Kirchenamte. In 50 Fällen sei von dem 3jährigen Besuch einer deutschen Hochschule Dispens ertheilt und nur in 1. der Dispens verweigert worden, wo er nach dem Gesetz verweigert werden mußte, weil der Geistliche ausschließlich in Innsbruck studirt hatte. Auch in allen andern Dingen, wo es möglich war, sind wir der Kirchenbehörde entgegengekommen. Wacker habe die subjektive Gerechtigkeit der Regierung nicht bezweifeln zu wollen erklärt. Redner kann auch nur sagen: Wir halten uns durchaus für gerecht, wir wollen gerecht sein, wir haben keinen Grund, das nicht zu wünschen und die Regierung hat alle Ursache, zu wünschen, daß sie im Einvernehmen mit der Kirche für Zunahme der Sitte und Kultur wirke. Nun sagt der Abg. Wacker, auch objektiv gerecht müßten wir sein. Das heißt aber, wir müssen das für gerecht ansehen, was der geehrte Herr Vorredner für gerecht ansieht. Der Vorredner hat das Recht, Anträge zu stellen, aber andererseits können wir eben auch nur von unserem Standpunkt aus die Dinge behandeln so, wie wir überzeugt sind, daß sie ausgeführt werden können, ohne daß wir befürchten müssen, wieder weiter in die alten Kämpfe zurückgeworfen zu werden, die wir doch bis zu einem gewissen Grade überwunden haben. Es ist dies zum Theil im Einvernehmen mit diesem hohen Hause geschehen, zum Theil auf dem Wege der Verwaltung erreicht worden und wenn die Herren bei dem Einfluß, den sie in ihren Kreisen haben, weiter dazu beitragen, dann wird auch das eine und das andere Bedenken zurücktreten können, das wir zur Zeit noch haben, diesen oder jenen Wunsch zu erfüllen. Wir haben heute in Deutschland so große und wichtige Aufgaben, daß wir die Dinge, die trennen können, hintanstellen sollten, um auf diesen großen und wichtigen Gebieten vorwärts zu kommen.

Der Präsident will die Diskussion für geschlossen erklären, als sich der

Abg. Fischer I. (Ctr.) erhebt: Er erklärt, die Handhabung der Gesetze gebe allerdings zu Klagen keinen Anlaß. Wer bürge aber dafür, daß das so bleibe? Das eben sei die Klage, daß alles in das diskretionäre Ermessen der Regierung gestellt sei, deren Praxis von der Zahl der Nationalliberalen im Hause abhänge. Die Erfahrungen mit dem Missionsgesetz, das seine Partei dankbar angenommen habe, geben niemand zu der Unterstellung das Recht, daß weitere Konzessionen eine Störung des Friedens oder weitere Forderungen seitens des Centrums im Gefolge hätten. Der Abg. Fieser wäre wohl gar nicht so böse, wenn die Regierung über den Kopf der Nationalliberalen hinweg auch Orden zuließe und damit diese Frage überwunden wäre. Auch der Abg. Straub habe schon eine ähnliche Aeußerung gethan. Wenn man die Ueberzeugung habe, daß man statt der 6 Semester auf einer deutschen Universität sich mit 3 begnügen könne, wie dies in dem Dispens zum Ausdruck komme, so sollte man das Gesetz hiernach abändern. Die Nationalliberalen sollten die Hand bieten und den jetzt vorliegenden Anträgen zustimmen, dann kommen wir auch einen wesentlichen Schritt weiter auf diesem Landtag.

Abg. Straub (nat.-lib.) erwidert auf die Anzapfung Fischer's, daß er bei der Berichterstattung über seine Thätigkeit im letzten Landtage erklärt habe, er und die nationalliberale Partei werden niemals in eine Aenderung des Art. 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 dahin einwilligen, daß Ordensniederlassungen statt nur mit Staatsgenehmigung schon auf bloße Anzeige sollten errichtet werden können; die nach diesem Gesetze verlangte Staatsgenehmigung sei außer in fast allen deutschen Staaten auch in der Schweiz und in dem gewiß nicht katholikenfeindlichen Oesterreich-Ungarn vorgeschrieben; ein Verzicht auf diese Vorschrift enthalte einen Verzicht auf ein wesentliches Staatshoheitsrecht. Der Regierung stehe auf Grund des bestehenden Gesetzes das Recht zu, Ordensniederlassungen zu gestatten; thatsächlich habe auch die Regierung bezüglich zweier Orden der barmherzigen Schwestern von diesem Recht Gebrauch gemacht; Männerorden seien allerdings nicht zugelassen; weßhalb, könne er nicht sagen, da er die Gründe und Absichten der Regierung natürlich nicht kenne. Wohl könne er vermuten, daß man als Bedürfniß nicht anerkenne, was seit Bestehen des Großherzogtums Badens als ein solches in der Bevölkerung nicht anerkannt worden sei. Was den Antrag wegen Aenderung der Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen betreffe, so stehe er — so habe er in der Versammlung in Stetten a. k. M. erklärt — für sich persönlich nicht an, diese Frage als eine untergeordnete anzusehen, da es ihm nach den seitherigen Erfahrungen in der Wirkung so ziemlich auf dasselbe hinauszulaufen scheine, ob unsere Geistlichen, wie jetzt, 6 Semester oder, wie beantragt, nur 3 Semester auf deutschen Universitäten studierten. Im allgemeinen habe er dann weiter erklärt, daß eine möglichste Abkürzung der kirchenpolitischen Debatten im Landtag wünschenswert sei, da ja auf diesem vielbehandelten Gebiete neue Gesichtspunkte doch nicht mehr vorgebracht werden könnten und deshalb naturgemäß sich die Diskussion ohne Nutzen für die Sache auf das persönliche Gebiet hinüberspiele und ohne Not zu leidenschaftlichen Erörterungen führe. Hiernach müsse er die Aeußerung Fischer's richtig stellen.

Abg. Fieser (nat.-lib.): Die Nationalliberalen sind entschlossen, jetzt und künftig sich durch niemand zu einer kirchenpolitischen Diskussion provozieren zu lassen. Sie werden demgemäß auch in die Erörterung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und der kirchenpolitischen Gesetzgebung sich nicht einlassen. Soweit Anträge auf diesem Gebiet vorhanden, werden sie bei Beratung derselben Stellung nehmen. Zu wiederholten Diskussionen über ein und denselben Gegenstand werden sie nicht die Hand bieten. Die kirchliche Gesetzgebung sei vollständig geregelt. Wenn die Kirche noch weitere Freiheiten verlangen zu können glaube und die Nationalliberalen sie gewähren können, so werde man diese bereit finden, im Interesse des Friedens selbst einer kriegerischen Centrumspartei gegenüber Konzessionen zu machen. Stehen sie aber auf einem andern Standpunkte, so werde man sie wie in früherer Zeit bereit finden, dagegen aufzutreten.

Abg. Wacker kann mit dem Gang der heutigen Debatte sehr zufrieden sein. Nach den Aeußerungen des Ministers und Straub's dürfe er wenigstens hoffen, in einem Punkt seiner Anträge Erfolg zu haben. Der Minister habe ihm den Eindruck gemacht, wie wenn er bedauere, durch das Gesetz in seiner Neigung, Dispens zu erteilen, beschränkt zu sein. Wenn das richtig sei, werde der Minister froh sein, wenn er durch seinen Antrag davon befreit werden könne. Derselbe Staat, der strebsamen jungen Leuten eine Reise nach dem klassischen Boden Roms ermögliche, dulde es nicht, daß der künftige Priester seine theologische Wissenschaft ebendort, an dem Centrum der kath. Weltkirche hole. (Abg. Fieser: Das kann er ja nach dem 6. Semester noch thun!) Das klingt wie ein Hohn. Die Noblesse der Verwaltung, die der Minister im allgemeinen für sein Ressort in Anspruch nehme, sei bei der Anwendung der Vollmacht, Ordensniederlassungen zu gewähren, nicht zu spüren. Je mehr die Gefahren der Zeit zum Zusammenschluß drängen, desto mehr sollte alles, was dem Zusammenschluß entgegensteht, aus dem Wege geschafft werden. Die heutige Debatte habe mehr als einen Schimmer von Hoffnung auf den Erfolg wenigstens eines Antrags gegeben und er würde einen solchen Erfolg mit Freude und mit Dank verzeichnen.

Abg. Straub erklärt, daß er nur für seine Person gesprochen habe.

Abg. Dreesbach (Soz.) erklärt, daß seine Partei gegen die Forderung von je 400,000 M. für die kath. und protestantische Kirche stimmen werde. Er thue das umso mehr, als die kirchliche Unduldsamkeit gegen die freireligiösen Gemeinden fortwährend wachse. Redner wendet sich gegen Schnetzler, der kürzlich den freireligiösen Unterricht an sich als groben Unfug bezeichnet habe, was verfassungswidrig gewesen sei.

Präsident Gönner: Die Aeußerung Schnetzler's lautete nicht so, wie Dreesbach sagte. Schnetzler habe nur von gewissen Arten des freireligiösen Unterrichts gesprochen. Er verwahre sich dagegen, daß er einen Verstoß gegen die Verfassung zugelassen habe.

Abg. Dreesbach (fortfahrend): Mit den großen Fragen der Zeit sei selbstverständlich die Sozialdemokratie, „das rote Gespenst", gemeint. Deshalb stimme er aber doch für die Centrumsanträge, um dadurch die Streitpunkte zwischen den beiden Seiten des Hauses aus der Welt zu schaffen, denn die Sozialdemokratie freue sich auf den Moment, wo alle Parteien sich gegen sie zusammenschließen.

Abg. Schnetzler (nat.-lib.): Es sei ihm kürzlich nicht im Traume eingefallen, den freireligiösen Gemeinden zu nahe zu treten. Er stehe auf dem Standpunkt, Jedem Raum zu lassen, der selig werden will und auch demjenigen, der nicht selig werden will. Die freireligiösen Prediger in Mannheim und Württemberg hätten ihm inzwischen die Lehrbücher ihrer Gemeinden zugeschickt und diese Bücher enthalten im wesentlichen nichts als die Lehre der christlichen Moral ohne die mystische Unterlage des Christentums. Dagegen habe er nichts einzuwenden. Er habe aber kürzlich auch nur die Lehren angeführt, die in einem gewissen Unterricht in Karlsruhe den Kindern gepredigt werden und habe z. B. den Satz citirt: „Es gibt keinen Gott, keine Unsterblichkeit, infolge dessen genießt hier euer Leben so gut ihr könnt." Und das sei ein Unfug. (Beifall.)

Abg. Fieser (nat.-lib.) macht Dreesbach darauf aufmerksam, daß kraft Gesetzes bis zum Jahre 1899 die Zuschüsse an die beiden großen Religionsgemeinschaften bezahlt werden müssen.

Die Generaldiskussion ist damit geschlossen Es folgt die Einzelberatung.

Abg. Hug (Ctr.) bringt bei § 6 wieder das Altkatholikengesetz zur Sprache und wünscht die Zurückgabe der Spitalkirche in Konstanz an die Römisch-Katholischen. In der Spitalpfarrei seien bei 3000 Katholiken nur 100 Altkatholiken. Er bitte, der betr. Petition stattzugeben. Das Altkatholikengesetz sei das gehässigste Kulturkampfgesetz; es sei ein revolutionäres Gesetz. Es greife in die Vermögensverhältnisse der Kirche ein und schreite damit den Bestrebungen der Sozialdemokraten voran. Er müsse daher den § 6 beanstanden.

Abg. Fieser (nat.-lib.) kann zunächst sein Erstaunen nicht unterdrücken, daß ein Mann von so ruhigen Anschauungen, wie der Abg. Hug, zu einem so aufgeregten Tone kommen konnte. Das Argument mit den Sozialdemokraten mache weder seinem Verstand noch seinem Herzen sehr große Ehre. Diese Aeußerung werde an Hug hängen bleiben. Ein Ausdruck in solcher Schärfe sei auf der andern Seite des Hauses in der ärgsten Kulturkampfzeit nicht gefallen. Das Altkatholikengesetz werde von der römisch-katholischen Kirche allerdings nicht anerkannt, aber deswegen bleibe es doch ein Gesetz so gut wie ein anderes. Redner bezweifelt, daß die Zahl der Altkatholiken in Konstanz so zurückgegangen sei, wie Hug gesagt habe. Den Altkatholiken sei in Konstanz die kleinste der 3 Kirchen eingeräumt. Das Münster und die Stefanskirche seien mehr als ausreichend für die römisch-katholische Gemeinde. Das Altkatholikengesetz gab den Altkatholiken weniger Rechte, als sie vor diesem Gesetze beanspruchen konnten. Ob sie Katholiken sind, das hat nicht der Herr Erzbischof in Freiburg, sondern das hat die Staatsgewalt zu entscheiden. Mit voller juristischer Schärfe habe Jolly die Grundlagen des Gesetzes geschaffen. Es sei ein Rechtsanspruch, verbrieft durch die Verfassung, den die Altkatholiken auf die Spitalkirche haben. Redner könne sich auf das Zeugnis des Staatsministers berufen, daß er ganz damit einverstanden gewesen sei, daß Kirchen, die leer standen, den Römisch-Katholischen zurückgegeben würden. Allerdings sei er der Meinung, daß man mit der Rückgabe der Kirche in Meßkirch zu weit gegangen sei. Redner beleuchtet die ultramontane „Duldsamkeit", die darin bestehe, daß man sich auf den Boden der extremsten kirchlichen Ansprüche stelle. In einer Broschüre X., Y., Z., als deren Verfasser ein angeblicher Nationalliberaler, der Professor der Geographie in Freiburg, Neumann, bezeichnet worden sei, werde den Nationalliberalen auch der Rat gegeben, das Altkatholikengesetz auf dem Altar der Versöhnung mit den Ultramontanen zu opfern. Der Herr, der die Broschüre schrieb, mag als Geograph es bis zum Schluß, bis zum X., Y., Z., gebracht haben, in der Kirchenpolitik ist er und andere Herren dieser Sorte ein ABC-Schütze geblieben (Große Heiterkeit).

Abg. Muser (Dem.): Seine Freunde werden für sämtliche Posten dieses Budgets, auch für § 6, stimmen.

Staatsminister Nokk hält Musers Standpunkt für richtig, daß auch die Abgeordneten für die Position stimmen können, die über das Altkatholikengesetz ihre eigene Meinung haben. Es sei nicht richtig, daß das Altkatholikengesetz die Eigentumsfrage berühre. Es gebe nur Normen für das gegenseitige Verhalten zwischen Altkatholiken und Römischen Katholiken. In Meßkirch hätten sich in der letzten Zeit die Ziffern bedeutend verändert.

Abg. Hug wendet sich gegen Fieser's Aeußerungen. Er wolle die Rechte der Altkatholiken nicht schmälern. Aber sie müßten auf das allgemeine Recht zurückgeführt werden. Der Staat habe gar nicht das Recht, die Konzilsbeschlüsse zu beanstanden, falls diese auf richtigem Wege zustande gekommen. Die Altkatholiken sollten als besondere Religionsgemeinschaft anerkannt werden, aber sie sollen kein Nutzungsrecht am römisch-katholischen Eigentum haben.

Abg. Wacker (Ctr.) polemisiert gegen Fiesers Aeußerungen gegen Hug, die Broschüre Neumann's und über das Altkatholikengesetz. Das letztere verdanke seinen Ursprung wesentlich hervorragenden Altkatholiken und wenn dieses Gesetz den Altkatholiken weniger Rechte gegeben habe, als sie vorher hatten, so scheinen diese Altkatholiken sehr schlecht unterrichtet gewesen zu sein. Der Abg. Fieser werde damals gegen das Gesetz gar nichts gehabt haben und wenn er heute von verminderten Rechten spreche, so scheine er eben damals noch zu den ABC-Schützen gehört zu haben (Heiterkeit). Redner würde gegebenenfalls für die Rechte der Altkatholiken eintreten, aber solange diese in der katholischen Kirche stehen und wie der Theologe Fieser (Heiterkeit) sogar andere nicht als Katholiken gelten lassen wollen, solange könne er nicht für den § 6 stimmen.

Abg. Fieser: Wacker habe ihn einen Theologen genannt. Er wolle das Kompliment nicht zurückgeben und ihm nicht sagen, für was einen bedeutenden Juristen sich Wacker in diesem Hause schon gehalten habe. (Heiterkeit.) Jedenfalls sei er, Fieser, mindestens im selben Grade Theologe, als Wacker Jurist. Auch werde Wacker ihm die Theologie zugut halten, wie er, Redner, ihm die kleine Schwäche als Jurist zugut halte. Er habe auch noch nie einen Widerspruch dagegen erhoben, wenn Wacker alle Dinge so klar, wie eben nur er es kann, durchschaute und den Standpunkt der absoluten Gerechtigkeit mit seiner gemüthlichen pastoralen Breite in diesem Hause vortrug. Wacker könne sich jeden Kopfzerbrechens über die vorliegende Frage enthalten. Durch Verfassung und Gesetz sei sie geregelt, das müsse selbst ein Jurist einsehen, der es noch nicht zum ABC gebracht hat. Das stehe noch fester, als verschiedene Dogmen und müßte auch bei jenen Herren feststehen, wenn diese nicht immer in unzulässiger Weise die Theologie hereinbringen würden. Ueberall, wo Wacker Rechtsansprüche erheben will, hat er nie etwas anderes als Grundlage, als den Theologen. Ich danke ihm für die Gnade, daß er uns Gewissensfreiheit gewähren will. Die haben wir ohne Ihre (des Centrums) Gnade, die haben wir aufgrund der Verfassung. Und wenn wir uns als besondere kirchliche Gemeinschaft konstituieren wollen, so brauchen wir Sie auch nicht. Redner erinnert an die Prozesse wegen Beschimpfung der katholischen Kirche in Konstanz durch Beschimpfung des altkatholischen Gottesdienstes daselbst, sowie über den Besitz der Spitalkirche. Die Altkatholiken seien, wie es wiederholt das Oberhofgericht feststellte und wie auch den Spruch des Schwurgerichts Konstanz anerkannte, das aus lauter römisch-katholischen Bauern bestand, Katholiken und sie wollen auch nichts anderes sein. Sie wollen sich ihr gutes Recht nicht nehmen lassen. So lange die vatikanischen Dekrete nicht vorgelegt werden und die Staatsgenehmigung nicht erhalten haben, sei für das Centrum nichts zu wollen und so lange werde es auch Volksvertreter in Baden geben, welche die Altkatholiken nicht ausliefern an diejenigen, welche ihnen gegen Gesetz und Verfassung ihr Recht nehmen wollen. Mögen auch Hug und Wacker ihre Vereinigung nach der so bedauerlichen Störung wieder vollziehen und sich auf den Altar ihres Versöhnungsfestes die Altkatholiken als Opferlamm ausersehen, sie werden sich nichts anderes kaufen, als was sie mit allen ihren Anträgen sich kaufen werden, eine Niederlage.

Abg. Straub: Die Altkatholiken in Meßkirch hätten sich hinsichtlich der für sie sehr schmerzlichen Entziehung der Stadtpfarrkirche mit Würde in das Unvermeidliche geschickt; sie hätten sich bei der ergangenen Entscheidung beruhigt, ohne Recriminationen in der Presse oder sonst hervorzurufen; der konfessionelle Friede sei ihnen vor allem am Herzen gelegen und sie seien aus ihrer Ruhe auch nicht herausgetreten, als sie von der Centrumspresse mit Hohn und Spott behandelt worden seien. Es sei nun nur zu wünschen, daß nicht von römisch-katholischer Seite für Meßkirch neue Streitfragen aufgeworfen und insbesondere nicht eine Teilung des Genusses des örtlichen Kirchenvermögens beantragt werde, die in ihren Folgen schließlich eine Schmälerung des Pfründeeinkommens des dermaligen Inhabers der dem altkatholischen Geistlichen überwiesenen Pfründe gleichkommen müßte, obgleich eine solche Schmälerung kirchenrechtlich unzulässig wäre. Die versöhnliche Haltung der Altkatholiken in Meßkirch möge mit einer versöhnlichen Haltung auch des anderen Teils beantwortet werden.

Abg. Wacker: Fieser habe geglaubt, einen gelungenen Witz zu machen indem er den Zwischenfall von neulich in die öffentliche Erörterung zog. Er glaube nicht, daß Fieser die Freude haben werde, ein Versöhnungsfest der Centrumspartei registrieren zu können, weil ein Anlaß dazu bis jetzt wirklich nicht geboten worden sei. (!!!) Fieser lege dem Vorgang eine Bedeutung bei, welche ihm und seiner Partei lieb wäre, sei aber dabei so unvorsichtig, seine Freude in einer Weise zu äußern, daß, wenn eine Brücke zum Zusammenkommen mit Hug notwendig wäre, er (Fieser) selbst sie gebaut haben würde.

Abg. Fieser: Wacker habe seine Aeußerung sehr ernsthaft aufgefaßt. Von Schadenfreude in dieser Beziehung sei Redner frei und auch ein viel zu erfahrener Politiker, als daß er auf derartige Streitigkeiten irgend welches Gewicht lege. Er wisse, daß wenn bei den Herren von der Centrumsfraktion auch einer es wagt, wider den Stachel zu löcken (Heiterkeit), das nur von ganz kurzer Dauer ist und daß Herr Wacker, wenn nicht gleich, so doch zum Schluß immer den Sieg davonträgt. Und das werde so bleiben, so lange Wacker der Chef ist. So schwer dieser Angriff Wacker's gegen seinen Fraktionsgenossen Hug war, den wir auf dieser Seite des Hauses als Budgetpräsidenten im höchsten Grade verehren wegen seiner Unparteilichkeit, Geschäftskenntnis und Hingabe, so unfaßbar es uns war, daß Hug der Gegenstand eines solchen Desavens seitens des Herrn Wacker vor dem Lande wurde, besonders nachdem sich noch herausstellte, daß, da auch Wacker dafür gestimmt hatte, buchstäblich wahr gewesen ist, daß Hug im Auftrag seiner

Freunde sprach, obwohl Wacker mit der Miene des heftigsten Zorns widersprochen hatte, so habe er doch angenommen, daß ein Ausgleich zu Stande komme. Er möchte nur nicht haben, daß die Altkatholiken bei dieser Gelegenheit zum Opferlamm ausersehen seien. Man sehe übrigens aus dem Vorgegangenen, wie viel sich die Herren von ihrem Fraktionschef gefallen lassen. Seine Bemerkung sei ein Scherz gewesen und daraus habe Wacker den Anlaß genommen, ihm Schadenfreude und Gott weiß was für häßliche Charakter-Eigenschaften sowie Ungeschicklichkeit nachzusagen. Er glaube, für Wacker wäre hier Schweigen zweifellos Gold gewesen. Nachdem übrigens die Herren von der kath. Volkspartei sich auf seine Seite gestellt (Zuruf), ich wollte sagen die Herren von der deutschen Volkspartei — der Unterschied sei manchmal nicht ganz klar: mir san's Demokraten, mir san's ultramontan (Heiterkeit) — und auch die Konservativen für die Position seien, habe er keinen Zweifel, daß die Forderung angenommen werde.

Abg. Wacker verwahrt sich gegen die Art und Weise Fiesers, der sein Schlußwort mißbrauche, um einen Abgeordneten mit Spott und Hohn zu übergießen.

Präsident Gönner bedeutet den Redner, daß dieser Vorwurf nicht begründet sei und daß auf Antrag ja die Diskussion wieder eröffnet werden könne.

Abg. Hug erklärt: Er habe am Dienstag optima fide gesprochen aufgrund einer Vorbesprechung in der Zentrumsfraktion. Daß alle mit der Beibehaltung der Fleischaccise einverstanden waren, habe die Abstimmung dann auch bestätigt. Allerdings habe er ein Recht, von Wacker Satisfaktion zu verlangen. Heute früh seien die Abgg. Schuler und Fischer in seine Wohnung gekommen und hätten ihm (Hug) erklärt, sie würden dafür sorgen, daß ihm Genugthuung zuteil würde, und das allein habe ihn veranlaßt, sich wieder auf den Platz zu setzen, den er bisher eingenommen. Auch an die Vertreter der Presse richte er das Ersuchen, zu verzeichnen, daß er keine „Unvorsichtigkeit" begangen habe, als er sagte, seine Fraktion werde für die Beibehaltung der Accise stimmen.

§ 6 wird mit allen Stimmen gegen die des Centrums angenommen.

Abg. Flüge (nat.-lib.) äußert bei § 8 Wünsche in der Richtung, daß die Verwaltung der evang. Kirchengüter im Bezirk Lahr nicht mehr von Offenburg aus geschehen möge. Ueber die Kirchensteuer herrsche vielfach Aufregung. Auch möge die Regierung dahin wirken, daß der Besitz der toten Hand nicht zu sehr zunehme.

Staatsminister Nokk sagt zu, daß die Regierung darauf ihr Augenmerk richten werde. Die Frage der Verlegung der Stiftschaffnei nach Offenburg gehöre vor die Generalsynode.

Abg. Muser (Dem.) ist für Verbleiben der Schaffnei in Offenburg. Flüge solle den Leuten begreiflich machen, daß sie als gute Patrioten die Kirchensteuer ruhig zahlen sollten, umsomehr, da wir nach Flüge im Zeitalter des wachsenden Wohlstandes uns befänden.

Abg. Höring (nat.-lib.) unterstützt den Wunsch des Abg. Flüge.

Abg. Hauß (nat.-lib.): Alles was Flüge für Lahr gesagt, treffe auch für den Bezirk Kehl zu.

Abg. Flüge (nat.-lib.) weist die Ausführungen des Abg. Muser zurück. Ein großer Nationalreichtum müsse allerdings vorhanden sein, denn sonst wäre der Abg. Muser nicht in wenigen Jahren ein reicher Mann geworden.

Abg. Muser replizirt auf Flüge's Aeußerungen. Er habe sich über Flüge's nationalökonomische Kenntnisse auch heute wieder gefreut. Es müsse in diesen Tagen, wo die Gegensätze so aufeinanderplatzen, auch Leute geben, die ein erfrischendes Moment in die Debatte tragen, wobei er freilich nicht sage, daß das immer von dem, der die Erfrischung gebe, auch beabsichtigt sei. Er könnte Flüge's persönliche Bemerkung gegen ihn mit dem Hinweis auf dessen Reise nach Toulon zurückgeben, aber er sei kein Freund von solchen Scherzen. Es sei zunächst unrichtig, daß er ein reicher Mann geworden sei, aber was er habe, das habe er in sehr großer und aufreibender Arbeit errungen.

Abg. Kirchenbauer (kons.) findet Flüge's Wunsch bezüglich der Stiftsschaffnei begreiflich.

Abg. Fieser: Muser sei selbst etwas persönlich gewesen. Redner weist es mit aller Entschiedenheit zurück, daß seine Partei jemals generelle Vorwürfe gegen den Anwaltsstand, der so notwendig sei, wie der Richterstand, erhoben habe. Das Gesetz über die Kirchensteuer bedürfe in mehr als einer Beziehung der Revision.

Abg. Pfisterer (Antis.) erklärt, daß er für die Forderung für den jüdischen Kultus nicht stimmen könne. (Heiterkeit.) Dieselbe Erklärung gibt er unter der erneuten Heiterkeit des Hauses bei der Forderung zur Aufbesserung gering besoldeter Rabbiner ab. Bei der Abstimmung steht Abg. Pfisterer allein da, was erneute Heiterkeit hervorruft. Gegen die Zuschüsse für die kathol. und evang. Kirche stimmen Geis und Dresbach, gegen den Zuschuß für die israelit. Religionsgemeinschaft die beiden Genannten und Pfisterer.

Der Rest des Budgets wird ebenfalls genehmigt.

Eine Petition von Gernsbach, Obertsroth und Hilpertsau (übergeben vom Abg. v. Bodman) betrifft die Ausscheidung der Landstraße Gernsbach-Hilpertsau aus dem Landstraßenverband.

Abg. Muser wünscht Besprechung der Radfahrtaxe vor dem 1. März.

Schluß nach 1 Uhr. Nächste Sitzung: Samstag 9 Uhr.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 13. Febr. Die im I. Blatte berührte Angelegenheit des Mannheimer Industriehafens ist anscheinend noch viel merkwürdiger, als wir heute Morgen glaubten. Die Sache verhält sich nach zuverlässiger Mitteilung so: Die Stadt Mannheim will an dem alten Rhein- und Neckarlauf im Norden der Stadt einen Industriehafen errichten, um der örtlichen Industrie Gelegenheit zu geben, sich der billigen Wasserfrachten wegen in der Nähe des neuen Industriehafens anzusiedeln. Zu diesem Zwecke hat der Staat vertragsmäßig folgende Leistungen übernommen: 1. Die Stadt Mannheim erhält die beiderseitigen kiesigen Uferstrecken an jenem Altwasser, welche dem Staate gehören, unentgeltlich zu Eigentum. Die Fläche ist 40,3 ha und stellt einen Wert von ungefähr 430,000 M. dar; auf dem Expropriationswege würde man dieses zur Herstellung des Hafens unentbehrliche Gelände, wenn es sich in Privatbesitz befände, nicht unter einer halben Million erhalten. 2. Der Staat baut die Kammerschleuße, welche zur Einfahrt dient, mit einem Aufwand von 450,000 M. (Warum kann denn in Mannheim der Staat bauen und in Mühlburg nicht?) Die erste Rate von 200,000 M. für diese Schleuße befindet sich bereits im Entwurfe des Staatsbudgets. 3. Der Staat erstellt die notwendigen Geleise auf beiden Seiten des Hafens im Anschlag von 1 Million. Die Generaldirektion der Staatsbahnen ist auf diesen Vorschlag ohne Zögern eingegangen, wohl in der sichern Erwartung, daß der Aufwand sich verzinsen wird, wenn der Hafen in Aufschwung kommt. Die Gesamtzuwendung, welche die Stadt Mannheim erhält, und die einen Staatszuschuß darstellt, wenn auch einen indirekten, beziffert sich demnach einschließlich des im I. Bl. genannten Aufwandes für die Kastenschleuße auf etwa 1,880,000 M. oder gegen 2 Millionen, wie unser A-Korr. richtig anführte. Für die Geleiseanlagen steht noch nichts im Budget, weil diese erst nach der Kastenschleuße in Angriff zu nehmen sind; es versteht sich aber, daß die Genehmigung der ersten Rate für die Schleuße die Bewilligung des ganzen Unternehmens voraussetzt. — Nirgends hat sich eine Stimme des Widerspruches oder des Neides erhoben, sondern man gönnt der Stadt Mannheim gerne, was sie, wenn auch lediglich zur Förderung lokaler Interessen, vom Staate zu dem vielen, was schon zur Herstellung ihrer Verkehrsanstalten aufgewendet wurde, erhalten soll. Der Leser möge nun Vergleichungen anstellen, namentlich auch darüber, wie glatt die Behörden einem Mannheimer Wunsche entgegenzukommen wissen, und wie große Hindernisse sich entgegentürmen, wenn die Stadt Karlsruhe etwas bekommen soll!

— Der Verein zur Wahrung der Interessen von Handel, Industrie und Gewerbe in Karlsruhe wird, wie wir hören, demnächst Einladung zu einer Bürgerversammlung ergehen lassen, in welcher der Rheinkanal-Entwurf zur Diskussion gestellt werden soll. Den einleitenden Vortrag wird Herr Otto Ammon halten. Bei dem lebhaften Interesse, das dem Gegenstand mit vollem Recht in der hiesigen Bürgerschaft entgegengebracht wird, darf man eine sehr zahlreiche Beteiligung erwarten.

— Der seitherige zweite Direktor der Filiale der Badischen Bank hier, Herr Ed. Mathy, ist als Direktor an die oberrheinische Bank in Straßburg i. Els. berufen worden.

Handel und Verkehr.

* Frankfurt a. M., 13. Febr. (Anfangskurse 12 Uhr 30 Min.) Kreditaktien 323⅞, Staatsb. 319⅞, Lombard. 38—, 3proz. Port. 26.60, Aegypter 104.85, Ungarn 103.50, Diskonto-Komm. 217.60, Gotthardaktien 171.90, 6% Mexikaner ult. 92.40, 3% Mexikaner ult. 25.80, Banque Ottomane 119.—, Türkenlose 35.75. Tendenz: schwach.

* Frankfurt a. M., 13. Febr. (Schlußkurse 2 Uhr 37 Min.) Wechsel. Amsterdam, 168.25, London 20.455, Paris 81.10, Wien 169 30, Privatdiskonto 2⅝, Napoleons 16—20, 4% Deutsche Reichsanl. 106.10, 3% Reichsanl. 99.70, 4% Preuß. Konsols 105.90, 4% Bad. in Gulden 103.40, 4% Baden in Mk. 105.—, 3½% Baden in Mark 104.70, 5% Italiener 83.70, Oesterr. Goldrente 102.95 Oest. Silberrente 85.80, Oest. Lose von 1860 128.20, 4½% Portug. 41.45, Neue 4% Russen 66.05. Spanier 61 50, Türkenlose 35.70, 4% Ungarn 103.50, Ung. Kronenrente 99.20 5% Argentiner 57.50, 6proz. Mexik. 92.60, 5% Mexikaner 83.90, 1proz. Türken D. 22.10, 3% Mexikaner 25.80, Berlin. Hand.-Ges. 156.—, Darmstädter B. 159.60, Deutsche B. 197.—, Dresdener B. 161.20, Oesterr. Länderbk. 218⅝, Wiener Bankverein 126⅝, Ottomanebank 119.—, Hess. Ludwigsbahn 124.50, Elbthal —.— Schweiz. Zentral 131.20, Nordost 128.90, Union 88.20, Jura-Simplon 92.—, Mittelmeer 88.30, Merid. 120.80, Bad. Zuckerfabrik 61.50, Harpener 167.—, Nordd. Lloyd 117.—. (Nachbörse) Kreditaktien 328¾, Diskonto-Komm. 218.50, Staatsbahn 320—, Lombarden 38—, Tendenz: geschäftslos.

* Frankfurt a. M., 13. Febr. (Abendkurse.) Kreditakt. 325¼, Diskonto, 213.30, Staatsb. 320¼, Lombarden 38⅛, Gelsenkirchen ——, Türken 35.90 Portug. 26.40, 6% Mexikaner 92.40, Harpener 167.—, Jura-Simplon 92.—. Tendenz fest.

* Berlin, 13. Febr. (Anfangskurse.) Kreditaktien 240.20, Diskonto-Kom. 217.70, Staatsbahn 157.80, Lombarden 45.40, Russennoten 217.25, Laurahütte 152.80, Harpener 166 50, Dortmunder 45.—.

* Berlin, 13. Febr. (Schlußkurse.) Kreditaktien 240.50, Diskonto-Komm. 218.40, Dresd. Bank 161.10. Nationalbank f. Deutschl. 147.90, Bochumer 161.30, Gelsenk. Bergwerk 171.20, Laurahütte 153.20, Harpener 167.20, Dortmunder 45.00, Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabr. 204.50, Deutsche Metallpatronenfabrik 338.50, Kanada-Pacific 54.50, Privatdisk. 2⅝ Proz. Tendenz: Anfangs lustlos. Montan- und Bankenmarkt gedrückt. Bahnenmarkt meist schwächer. Fonds, besonders heimische Anlagen besser. Nordd. Lloyd schwach. Vor Schluß der ersten Stunde befestigte sich die Tendenz in Banken und Montanwerten. Später trat vollständige Stille ein. Schluß ungleichmäßig.

* Berlin, 12. Febr. Der Diskont der Reichsbank ist heute auf 3 Proz., der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen ausschließliche Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines deutschen Staates auf 3½ Proz., gegen Verpfändung sämtlicher Effekten und Waren auf 4 Proz. herabgesetzt worden.

* Berlin 13. Febr. Nachbörse. (Schluß.) Diskonto-Komm. 218.70 Dortmunder 45.—, Bochumer 162.20, Deutsche Bank 197.20.

* Wien, 13. Febr. (Vorbörse.) Kreditaktien 383.50, Staatsbahn 373.50, Lombarden 102.—, Marknoten 59.10, 4% Ungarn 122.35, Papierrente 101.05, Oesterr. Kronenrente 101.40, Länderbank 253.25, Ungar. Kronenrente 99.20. Tendenz: still.

* Paris, 13. Febr. (Anfangskurse.) 3% Rente 103.12, Spanier 61⅞, Türken 22.30, Italiener 83 95, Banque Ottomane 608.—. Rio Tinto 455 —.

* Paris, 13. Febr. (Schlußkurse.) 3% Rente 103.05, 3% Portug. 25⅞, Spanier 62—, Türken 22.12, Banque Ottomane 604.— Rio Tinto 481.—, Banque de Paris 808, Italiener 83.85, Debeers 683, Robinson 255. Tendenz träge.

* London, 13. Febr. Debeers 26½, Chartered 5¼, Goldfields 12¾, Randfontein 3—, Eastrandt 7—.

* New-York, 11. Febr. Baumwollezufuhr vom Tage 20,000 Ball., Ausfuhr nach Großbritannien 14,000 Ball., Ausfuhr nach dem Festlande —,— V. Baumwolle in New-York 8 3/16, dto. in New-Orleans 7¾. Baumwolle für für Febr. 7.75, März 7.84, April 7.89, Mai 7.93, Juni 7.96, Juli 8.98, August 7.96, Sept. 7.72, Okt. 7.58.

* Chicago, 11. Febr. Nachm. 5 Uhr. Schmalz Februar 5.42, Mai 5.60, Juli 5.72, Pork, Februar 9.85, Mai 10.02. Ribs Februar 5.02, Mai 5.20.

Drahtberichte.

Berlin, 13. Febr. Die Reichstagskommission für den Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb nahm mit Rücksicht auf die Petition des Verlegervereins der Berliner Presse einen neuen Absatz 3 zu § 1 an, der lautet: „Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte oder den Verfasser oder Einsender nicht nachweist, sofern sich derselbe im Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet."

Berlin, 13. Febr. Die Justizkommission des Reichstages für die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung nahm § 77 des Gerichtsverfassungsgesetzes in folgender Fassung an: Die Zivilkammern und die Strafkammern entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. In der Hauptverhandlung entscheiden die Strafkammern als Berufsinstanz bei Vergehensfällen, ausgenommen Privatklagesachen, in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. — In der Debatte hatte Staatssekretär Nieberding gegenüber den Abänderungsanträgen Brockmann und Schmidt (der Antrag Schmidt hatte unter anderem eine Besetzung der Strafkammern mit 4 Richtern vorgeschlagen) erklärt, die Annahme der Anträge Brockmann und Schmidt würde ein Scheitern der ganzen Vorlage zur Folge haben.

Paris, 13. Febr. Der Ministerrat hat beschlossen, in die Erörterung einer Interpellation in der Deputiertenkammer über die durch das Senatsvotum geschaffene Lage sofort einzutreten.

London, 13. Febr. „Daily Chronicle" meldet, Lord Rosebery habe zur Zeit seiner Amtsführung an die russische Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie Maßnahmen ergreifen wolle, um eine bessere Regierung in Kleinasien zu erzwingen. Rußland habe darauf verneinend geantwortet. Darauf habe Rosebery angefragt, ob Rußland sich einmischen würde, wenn England sich zum Vorgehen entschließe. Auch diese Frage sei verneint worden. Was Rußland jetzt wünsche, sei, daß England den Mächten vorschlage, sich damit einverstanden zu erklären, daß Rußland die Durchführung der Reformen erzwinge.

London, 13. Febr. Eine Depesche des „Standard and Diggers News" aus Johannesburg vom 12. d. M. meldet, die Regierung von Transvaal beklage in ihrer Antwort auf die Depesche Chamberlain's die zu frühe Veröffentlichung in London und trete diesen verschleierten Versuchen einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Transvaals entgegen. Die Regierung glaube, die Depesche habe die Lage bereits wieder kompliziert gemacht, die von Transvaal angestrebte friedliche Lösung noch erschwert und den Frieden in Südafrika abermals gefährdet.

London, 13. Febr. Heute wurde ein Blaubuch veröffentlicht, welches die Einführung von Reformen in Armenien betrifft. Dasselbe beginnt mit einem Telegramm des britischen Botschafters in Konstantinopel, Sir Currie an den damaligen Staatssekretär des Aeußeren Earl of Kimberly vom 14. Januar 1895, nebst einem von Sir Currie aufgestellten Reformentwurfe, und schließt mit der Wiedergabe des Wortlautes der vom Sultan endgiltig genehmigten Reformen. Hervorzuheben aus diesem Blaubuche ist eine Depesche des damaligen britischen Botschafters in Petersburg, Sir Lascelles vom 9. August 1895 an den Premierminister Lord Salisbury. Danach hat Fürst Lobanow auf die Anfrage, inwieweit die russische Regierung bereit wäre, einen Druck auf den Sultan auszuüben, falls letzterer sich weigern sollte, die verlangten Schritte zu thun, erklärt, der Kaiser von Rußland habe eine persönliche Abneigung gegen die Anwendung von Gewalt, und ebenso zuwider würde der russischen Regierung eine Anwendung von Gewalt seitens einer anderen der drei beteiligten Mächte sein.

St. Petersburg, 13. Febr. Die „Nowoje Wremja" erhielt ein Telegramm aus Yokohama, nach dem die Freisprechung Nioura's vielfach Unwillen hervorgerufen hätte. Die Untersuchung hätte die Schuld Nioura's an der Ermordung der Königin von Korea erwiesen und den Verdacht ergeben, daß er auch an dem Staatsstreiche des Vaters des Königs beteiligt gewesen sei.

Sofia, 13. Febr. Der russische General Graf Golenitschew-Kutusow ist heute Vormittag 11½ Uhr hier eingetroffen und vom Prinzen Ferdinand, den Spitzen der Behörden und hohen Offizieren am Bahnhofe empfangen worden. Bei der Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen nach dem prinzlichen Palais saß der General zur Rechten des Prinzen Ferdinand. Der russische diplomatische Agent v. Tscharykow saß zur Rechten des Ministers des Auswärtigen Stoilow, und begab sich mit dem Gefolge in das russische Gesandtschaftspalais.

Konstantinopel, 13. Febr. Die Pforte war noch vor der Abreise des bulgarischen Ministerpräsidenten verständigt worden, daß seitens der russischen Regierung gegen die Anerkennung des Prinzen Ferdinand keine Einwendungen vorlagen. Der gestrige türkische Ministerrat dürfte dieser Angelegenheit gegolten haben. Nach dem Ministerrate erging an die türkischen Vertreter bei den Großmächten der Auftrag, Schritte bezüglich der Zustimmung der Mächte zu der Anerkennung des Prinzen Ferdinand zu thun.

Yokohama, 13. Febr. Das „Reutersche Bureau" meldet, die Aufständischen in Korea haben einen Trupp japanischer Soldaten, die die Telegraphenlinien beschützten, ermordet. Rußland hat 100 Mann mit einem Geschütz auf Chemulpo gelandet.

New-York, 13. Febr. Die „World" meldet aus Caracas: Die Regierung von Venezuela habe einen Beauftragten gestellt, um in den Archiven des Vatikans Studien in der Angelegenheit des englisch-venezuelanischen Grenzstreites vorzunehmen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Febr.

Etat des auswärtigen Amtes.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Hammacher (nat.-lib.) nimmt Staatssekretär v. Marschall das Wort und legt, wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen, den thatsächlichen Hergang der Ereignisse in Transvaal dar. Redner hebt hervor, von einem Ersuchen des Präsidenten Krüger um eine deutsche Intervention sei ihm absolut nichts bekannt. Die englische Regierung habe voller Energie die nach dem rechtswidrigen Einbruche Jameson's notwendig gewordenen Maßnahmen ergriffen, und es treffe sie keine Verantwortung wegen des erfolgten Blutvergießens. Die Beziehungen der deutschen Regierung zum englischen Kabinett hätten keinen Augenblick aufgehört, gute, normale und freundliche zu sein. Die in der englischen Presse verbreitete Legende über die deutschen Anschläge gegen die Unabhängigkeit Transvaals bewiesen nur die Unbekanntschaft mit deutscher Art und deutscher Sitte. (Lebhafter Beifall.) Eine solche Politik würde von dem Unwillen der Nation alsbald festgelegt werden.

Abg. Lieber (Ctr.) spricht dem Staatssekretär v. Marschall im Namen des Centrums sein Vertrauen aus. Wir wünschen gute Beziehungen zu England, aber nicht auf Kosten des Ansehens Deutschlands. Das Centrum wünsche ferner auf eine Flottenvermehrung gegenwärtig nicht einzugehen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) begrüßt es namens der Konservativen, daß die Regierung nicht ein Haar breit von der deutschen Ehre abgewichen sei.

Abg. v. Kardorff (Rp.) schließt sich namens der Reichspartei den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Richter (freis. Vp.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Eventualität einer Landung deutscher Marinetruppen nicht eingetreten sei. Das Telegramm des Kaisers drückte die Sympathien aus, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes für Transvaal bestehen. Es sei aber nicht wünschenswert, daß derartige monarchische Kundgebungen zu einer ständigen Einrichtung werden möchten. Die großen Gesamtinteressen in Europa sind die beste Friedensbürgschaft. Redner spricht sich gegen die Flottenvermehrung aus.

Abg. Bebel (Soz.): In der Transvaalfrage habe die deutsche Regierung durchaus korrekt gehandelt. (Bewegung.) Das Kaiserliche Telegramm sei aber eine indirekte Aufreizung Englands. Das hätte man Frankreich und Rußland gegenüber nicht gewagt. (Große Unruhe und Widerspruch.) Deutschlands Verhalten in Ostasien nach dem japanisch-chinesischen Kriege verschuldet unser kühles Verhältnis zu England. Wir befinden uns jetzt gewissermaßen im Schlepptau Rußlands. Wir sollten uns vielmehr England anschließen. Wir müssen unsere Politik auf gute und leistungsfähige Freundschaft einrichten. Oesterreich und Italien sind nicht leistungsfähig. Aber England und Deutschland vereint sind unüberwindlich.

Abg. Haußmann (Vp.) konstatiert, daß alle Parteien die Haltung der Regierung in der Transvaalfrage anerkennen. Redner spricht sich gegen die Rede Bebels aus und befürwortet dringend ein freundschaftliches Verhältnis zu England.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) meint, Bebel's Ausführungen hätten für ihn nur pathologisches Interesse. Wir alle haben das Telegramm des Kaisers mit Begeisterung gelesen. Es war der Ausdruck des gesamten Volksgefühls.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel „Besoldung des Staatssekretärs" wird bewilligt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes; Militäretat.

Schluß 5 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß.
Redaktionsmitglieder: Heinrich Flach und Ernst Cloß.
Für den Anzeigentheil verantwortlich: Alexander Steinhauer, sämmtlich in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer.	Therm. Celsius.	Abs. Fkgt.	Feuchtigkt. in Proz.	Wind.	Himmel	Bemerkung.
12. Febr. Nachts 9 Uhr	757 8	5,6	4,6	68	SW.	heiter	
13. Febr. Morgs. 7 Uhr	758 4	4,0	5,5	90	SW.	bedeckt	
Mittags 2 Uhr	759,1	6 8	6,1	82	SW.	"	

Höchste Temperatur am 12. d. 7,3; niedrigste heute Nacht —3,5.
Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 4,1 mm.

Meteorologische Beobachtungen vom 13. Febr., Morgens 8 Uhr.

Ort.	Barom. 0. Gr. u. d. Meeresniv. red. in Mill.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke.	Wetter.	Temperatur in Celsiusgraden
Aberdeen	775	N	leis. Zug	wolkig	3
Stockholm	761	WNW	mäßig	wolkenlos	—10
Haparanda	748	NW	mäßig	heiter	—14
Petersburg					
Moskau	747	WNW	leis. Zug	bedeckt	—10
Cork	775	N	schwach	heiter	4
Cherbourg	773	W	leis. Zug	wolkenlos	5
Hamburg	768	N	leis. Zug	heiter	1
Memel	754	N	Sturm	bedeckt	— 3
Paris	772	NW	leis. Zug	bedeckt	4
Karlsruhe	770	SW	mäßig	bedeckt	2
Wiesbaden	769	SW	leis. Zug	bedeckt	6
München	769	SW	frisch	bedeckt	3
Berlin	765	NW	mäßig	bedeckt	2
Wien	764	W	frisch	wolkig	5
Breslau	760	NW	mäßig	bedeckt	2
Nizza	766	O	leicht	heiter	4
Triest	765		still	bedeckt	6

Druck und Verlag von Otto Reuß, Waldstraße Nr. 10 in Karlsruhe.